

ZEW feiert seinen zehnten Geburtstag

Seit seiner Arbeitsaufnahme im Jahr 1991 hat sich das ZEW nach dem Urteil des Wissenschaftsrats zu einem der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland und Europa entwickelt. Ein weiterer Indikator hierfür ist das hohe Drittmittelaufkommen, welches das ZEW seit seiner Gründung eingeworben hat, insgesamt mehr als 23 Millionen Euro.



Die lokale Presse berichtet über die Unterzeichnung des ZEW-Gründungsvertrags. Von links: die Geschäftsführung des ZEW, E.-O. Schulze, Prof. Dr. Dr. h.c. H. König, Minister K. von Trotha, H. Freudenberg.

■ Zehn Jahre sind seit der Gründung des ZEW vergangen. Ein solcher Zeitraum, auch wenn er im Vergleich zu anderen Jubiläen kurz erscheinen mag, gibt Gelegenheit, auf das zurückzublicken, was bisher geleistet wurde, und einen Ausblick auf die Zukunft zu geben. Lässt man die vergangenen zehn Jahre Revue passieren, so erarbeitete sich das ZEW nach Ansicht des Wissenschaftsrats auf dem Gebiet der anwendungsbezogenen empirischen Wirtschaftsforschung national und international einen hervorragenden Ruf. Die zentralen Aufgaben des ZEW sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, die wirtschaftspolitische Beratung sowie die Vermittlung der Forschungsergebnisse in Publikationen und Weiterbildungsveranstaltungen. Dabei wendet

sich das Institut an Entscheider in Politik, Wirtschaft und Verwaltung, in- und ausländische Wissenschaftler sowie die interessierte Öffentlichkeit.

Der Beschluss zur Gründung des ZEW erfolgte 1990 auf Initiative der baden-württembergischen Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth, der baden-württembergischen Wirtschaft und der Universität Mannheim. Bereits im April 1991 nahm dann das Wirtschaftsforschungsinstitut die Arbeit auf. Beschäftigte das ZEW Anfang 1992 noch 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, so beläuft sich diese Zahl mittlerweile auf 118, von denen 78 wissenschaftlich tätig sind. Hinzu kommen mehr als 100 wissenschaftliche Hilfskräfte sowie zahl-

reiche freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler.

Forschung am ZEW

In seiner Forschungsarbeit verfolgt das ZEW in erster Linie einen mikroökonomischen und mikroökonomischen Forschungsansatz. Dabei schreibt das ZEW eine fachübergreifende Arbeitsweise groß: An Forschungsprojekten arbeiten zwar überwiegend Volks- und Betriebswirte, aber auch Wirtschaftsingenieure und -informatiker sowie Juristen.

Das Forschungsinstitut hat sich unter anderem der Bearbeitung international vergleichender Fragestellungen gewidmet. So werden die Auswirkungen der zunehmenden europäischen Integration oder die Einführung des Euro auf den deutschen Arbeitsmarkt untersucht oder Steuerbelastungen in Unternehmen aus-

In dieser Ausgabe

ZEW feiert zehnten Geburtstag	1
Lohneinbußen durch Erwerbspausen	4
Nachfrage nach Börsenmagazinen	5
Steuerreformen in Deutschland und Frankreich	6
Förderung von Existenzgründern	7
ZEW-Workshop, ZEW-Termine	8
ZEW-Seminar	9
ZEW-Neuerscheinungen	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

10 Jahre ZEW

gewählter europäischer Länder und der USA verglichen. Auch verschiedene Datenbanken des ZEW, die als Grundlage für die wissenschaftliche Forschungsarbeit dienen, erlangten eine herausra-

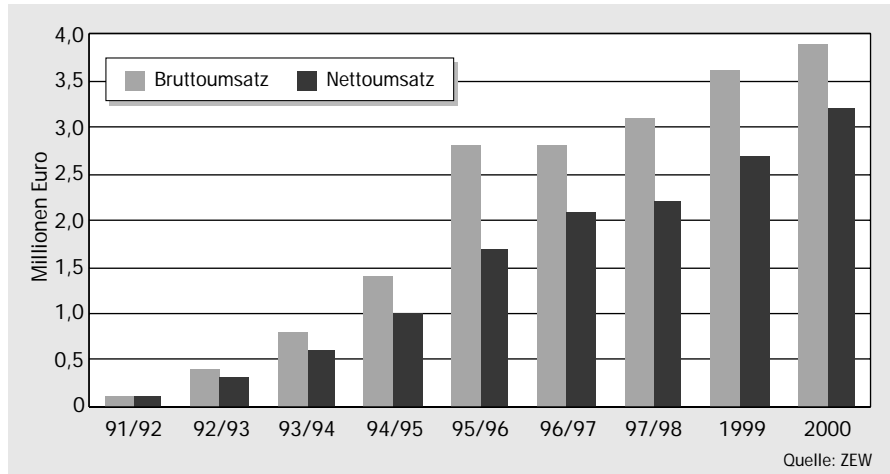
wandte Grundlagenforschung mit empirischen Analysen, und es besteht die Möglichkeit zu interdisziplinärer Arbeit.

Die Qualität der Forschungsarbeit und deren Orientierung am Forschungs-

gen Kontakte mit Wissenschaftlern aus aller Welt ist das ZEW in ein dichtes nationales und internationales Forschungsnetzwerk eingebunden. Die Anwesenheit von Gastwissenschaftlern am ZEW, wie beispielsweise des Nobelpreisträgers Professor James J. Heckman, sowie die Veranstaltung wissenschaftlicher Workshops mit in- und ausländischer Beteiligung fördern diese Netzwerkbildung. Auch die rege aktive Teilnahme der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des ZEW an Fachtagungen im In- und Ausland trägt dazu bei.

Seit 1999 führt das ZEW einen jährlichen Summer Workshop durch, der der weiteren Qualifizierung des wirtschaftswissenschaftlichen Nachwuchses dient. In- und ausländische Doktoranden haben hier die Gelegenheit, ihre Arbeiten mit international renommierten Wissenschaftlern und mit anderen Doktoranden zu diskutieren sowie an den Forschungsprojekten des ZEW mitzuarbeiten.

Entwicklung des Drittmittelumsatzes in Millionen Euro



gende Bedeutung. Das ZEW verfügt über den in Deutschland größten Datensatz zu Unternehmensinnovationen, das Mannheimer Innovationspanel. Auch eine Datenbank zu Existenzgründungen, die zur Analyse der Gründungen, des Wachstums und der Schließung von Unternehmen genutzt wird, wurde aufgebaut.

Organisatorisch gliedert sich das ZEW in die folgenden fünf Forschungsbereiche:

- Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement;
- Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung;
- Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung;
- Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft;
- Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement.

Derzeit arbeitet das ZEW am Aufbau eines weiteren Forschungsschwerpunkts, „Neue Informations- und Kommunikationstechnologien in globalen Netzwerken“. Dieser greift wirtschaftliche Entwicklungen im Zuge der „Digitalen Ökonomie“ und deren Rückwirkungen auf die „Old Economy“ auf. Der neue Schwerpunkt passt sich in die bereits bestehenden Strukturen im ZEW ein, denn auch hier verbindet sich ange-

programm des Instituts wird mit Hilfe einer regelmäßigen Evaluation überprüft. Diese Evaluation erfolgt durch den wissenschaftlichen Beirat des ZEW, der mit renommierten in- und ausländischen Fachwissenschaftlern sowie mit Führungskräften aus Wirtschaft und Verwaltung besetzt ist. Der Wissenschaftsrat bestätigte anlässlich der Evaluation des ZEW im Jahr 1998 die hohe Qualität der am Institut geleisteten Forschungsarbeit und empfahl, das ZEW in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung („Blaue Liste“) aufzunehmen.

Nationale und internationale Zusammenarbeit

Große Bedeutung für die ZEW-Forschung hat die Institution des Forschungsprofessors. Dabei handelt es sich um Universitätsprofessoren, die Projektleiterfunktionen im ZEW wahrnehmen und auf diese Weise immer wieder neue Denkanstöße und wissenschaftliche Erkenntnisse in die Forschungsarbeit des Instituts einbringen.

Das Institut pflegt eine intensive Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Kooperationspartnern, insbesondere Universitäten und wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Europa und den USA. Durch diese vielfälti-

Finanzierung der Forschung

Das Gesamtbudget des ZEW belief sich im Jahr 2000 auf rund zehn Millionen Euro. Die Zuwendungen des Landes Baden-Württemberg, die vor allem in die grundlagenorientierte wirtschaftswissenschaftliche Forschung und die Finanzierung der Infrastruktur fließen, bilden mit rund 60 Prozent die wichtigste Finanzierungsgrundlage. Die restlichen 40 Prozent des Budgets entstammen fast ausschließlich drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten. Auftraggeber und Förderinstitutionen sind die Europäische Kommission, Ministerien und Einrichtungen des Bundes und der Länder, Unternehmen und Verbände, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Stiftungen sowie nationale und internationale Organisationen.

Der Bedeutungszuwachs des ZEW spiegelt sich nicht nur, wie eingangs erwähnt, in der Personalentwicklung wider, sondern auch in der positiven Entwicklung der Drittmittel. So stieg das Drittmittelaufkommen von 350.000 Euro im Wirtschaftsjahr 1992/93 auf heute rund vier Millionen Euro.

Ideelle und finanzielle Unterstützung erfährt das ZEW durch den 1993 gegrün-

10 Jahre ZEW

deten Förderkreis Wissenschaft und Praxis am ZEW e.V. Seine Mitglieder sind Unternehmen, die ihren Sitz vorwiegend im Rhein-Neckar-Dreieck, aber auch an anderen Standorten in Baden-Württemberg oder außerhalb dieses Bundeslands haben. Am Beispiel des Förderkreises wird die Verbindung von Theorie und Praxis, wie sie am ZEW gepflegt wird, besonders deutlich. Nicht nur die Forschungsbereiche des ZEW profitieren von den Anregungen aus dem Förderkreis, sondern dies gilt auch umgekehrt.

Wissenstransfer

Der Transfer der Forschungsergebnisse des ZEW an Unternehmen, Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit stellt neben der Forschung eine weitere wichtige Aufgabe des Instituts dar. Er erfolgt über entsprechende Mitteilungen an die Medien, durch Vorträge sowie Stellungnahmen und Gutachten, via Internet und in Form verschiedener Publikationen. Unter anderem verfügt das ZEW mit den englisch sprachigen ZEW Economic

Entwicklung des ZEW

1990: Gründungsbeschluss des Ministerrats. Das ZEW wird als Tochter der Gesellschaft für Kultur- und Wissenschaftsförderung GmbH (GKW) in der Rechtsform einer GmbH auf Initiative der Landesregierung Baden-Württemberg, der baden-württembergischen Wirtschaft und der Universität Mannheim gegründet.

April 1991: Das ZEW nimmt in Mannheim, Kaiserring 14-16, die wissenschaftliche Arbeit unter den Gründungsdirektoren Professor Dr. Dr. h.c. Heinz König (wissenschaftlicher Direktor) und Ernst-Otto Schulze (kaufmännischer Direktor) auf.

1993: Gründung des Förderkreises Wissenschaft und Praxis zwecks Unterstützung der Arbeit des ZEW.

1.12.1996: Umzug in das neue Gebäude in L7, 1.

1.4.1997: Das Land Baden-Württemberg wird unmittelbarer Gesellschafter des ZEW.

1.4.1997: Professor Dr. Wolfgang Franz wird Nachfolger von Professor Dr. Dr. h.c. Heinz König als wissenschaftlicher Direktor und späterer Präsident des ZEW.

Dez. 1998: Begutachtung des ZEW durch den Wissenschaftsrat. Dieser beschließt, das ZEW für die Aufnahme in die „Blaue Liste“ zu empfehlen.



K. van Miert, Prof. Dr. W. Franz und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. O. Issing beim Wirtschaftsforum 1999.

Studies, den ZEW Wirtschaftsanalysen sowie der Umwelt- und Ressourcenökonomie über drei eigene Schriftenreihen.

Darüber hinaus stellt das Forschungsinstitut sein Know-how in Weiterbildungsseminaren für Fach- und Führungskräfte aus dem In- und Ausland und in unternehmensspezifischen Seminaren zur Verfügung. Mit Seminaren zu Themen wie Finanzmarktmanagement, Unternehmensführung und Organisation sowie Steuern, Rechnungswesen und öffentlicher Finanzwirtschaft vermittelt das ZEW seine Forschungsergebnisse in die Praxis. Zu den Referenten zählen neben ZEW-Wissenschaftlerinnen und ZEW-Wissenschaftlern Hochschulprofessoren und Praktiker aus Unternehmen.

Veranstaltungen am ZEW

Auch bei den Vortragsveranstaltungen für eine breitere Öffentlichkeit hat sich in den vergangenen zehn Jahren einiges getan. Anfang 1993 fand der erste Vortrag im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ statt. Einblicke in aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen gaben in den Folgejahren unter anderem Dr. Rolf-E. Breuer, Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller und der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Dieter Hundt.

Hinzugekommen im Laufe der Jahre sind die „Mannheimer Wirtschafts- und Währungsgespräche“, eine kreditwirt-

schaftliche Vortragsreihe, die das ZEW gemeinsam mit der Universität Mannheim, der Bankenvereinigung der Region und der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Rhein-Neckar anbietet, sowie insbesondere das ZEW Wirtschaftsforum. Diese Ganztagesveranstaltung führt Unternehmer und Vertreter von Verbänden sowie staatlichen Institutionen zusammen und dient der Diskussion aktueller wirtschaftspolitischer Fragen. Referenten bei den letzten Wirtschaftsforen waren unter anderem Professor Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, und Karel van Miert, zu jenem Zeitpunkt EU-Kommissar für Wettbewerbspolitik, sowie die Länderfinanzminister Professor Dr. Georg Milbradt und Gerhard Stratthaus.

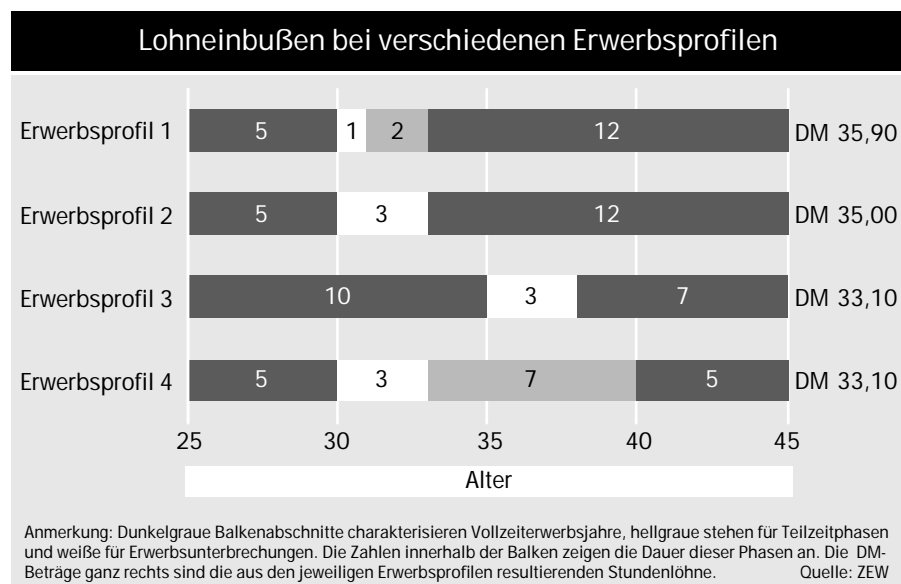
Das ZEW nimmt sein zehnjähriges Bestehen zum Anlass für eine Geburtstagsfeier am 2. Februar 2001, in deren Mittelpunkt eine Podiumsdiskussion stehen soll. Wie bei einem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung nicht anders zu erwarten, wird ein Thema mit internationaler Relevanz Gegenstand der Diskussion sein: „Die wirtschaftliche Integration Europas – Herausforderungen, Chancen, Risiken“. Diskutieren werden Erwin Teufel, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Professor Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der EZB und Professor Dr. Jürgen Strube, Vorsitzender des Vorstands der BASF AG. ◀

Prof. Dr. Wolfgang Franz, franz@zew.de

Forschungsergebnisse

Wie viel kostet eine Erwerbspause?

Diskontinuierliche Erwerbsverläufe führen langfristig zu negativen Einkommenseffekten. Dieses Problem betrifft vor allem Frauen, die immer noch den überwiegenden Teil der Kindererziehung übernehmen und dafür ihre Berufstätigkeit zumindest zeitweise aufgeben. In einer aktuellen ZEW-Studie wurde das Ausmaß dieser Lohneinbußen und der Timing-Effekt von Erwerbsunterbrechungen untersucht.



■ Bei einer Familiengründung steigen nicht nur die Konsumausgaben des Haushalts. Stärker ins Gewicht fällt der Einkommensverlust eines Elternteils, in der Regel der Mutter, da sie ihre Erwerbstätigkeit häufig zeitweise aufgibt oder reduziert und sich während dieser Zeit verstärkt der Kindererziehung widmet. Hinzu kommen die Kosten einer Verminderung ihres Einkommenspotenzials in der Zukunft. Denn Berufserfahrung als ein Bestandteil des Humanvermögens gilt als einer der wichtigsten Faktoren, die den individuell erzielbaren Lohnsatz beeinflussen. Abweichungen von einer Vollerwerbstätigkeit bedeuten nicht nur eine Unterbrechung der Humankapitalbildung, sondern bewirken zusätzlich eine Entwertung des in der Vergangenheit gebildeten Humanvermögens. Sie stehen somit im Verdacht, erhebliche Lohneinbußen zu verursachen.

Dies bestätigt eine aktuelle Studie des ZEW, die von der Thyssen-Stiftung finanziell unterstützt wird. Darin wird für eine repräsentative Stichprobe aus dem Sozio-oekonomischen Panel, Frauen mit Fachschul-, Fachhochschul- oder Univer-

sitätsabschluss im Alter von 30 bis 55 Jahren, der Einfluss der Berufserfahrung auf den Lohnsatz untersucht. In einer simultanen Maximum-Likelihood-Schätzung werden die Abschreibungsraten von Erwerbsunterbrechungen (inklusive Erziehungsurlaub, Hausfrauentätigkeit und Arbeitslosigkeit) und Teilzeitphasen sowie die Lohnrendite der resultierenden effektiven Vollerwerbsjahre geschätzt.

Die ZEW-Studie zeigt, dass die Entwertung der gesammelten Berufserfahrung aufgrund eines Ausstiegs aus der Vollerwerbstätigkeit 33 Prozent pro Unterbrechungsjahr beträgt. Eine Teilzeitphase zeigt dagegen keine signifikanten Abschreibungseffekte für vorangegangene Vollerwerbsjahre. Währenddessen wird jedoch weniger Humankapital gebildet als bei einer Vollzeittätigkeit.

Mit Hilfe von Simulationen können die Auswirkungen verschiedener Diskontinuitäten veranschaulicht werden. Während eine 45-jährige, durchgehend vollerwerbstätige Frau nach 20 Jahren Erwerbserfahrung einen durchschnittlichen Stundenlohn von 36,20 Mark er-

zielt, sind die idealtypischen Erwerbsprofile 1 bis 4 mit verschiedenen hohen Abschlägen verbunden (s. Grafik). Eine einjährige Erwerbsunterbrechung im Alter von 30 Jahren, gefolgt von einer zweijährigen Teilzeitbeschäftigung, führt beispielsweise zu einer Reduktion des Stundenlohnes um 0,30 Mark. Die Lohneinbuße einer dreijährigen Unterbrechung fällt mit 1,20 Mark erheblich höher aus. Noch gravierender ist der Abschlag, wenn die gleiche Erwerbsunterbrechung erst im Alter von 35 Jahren erfolgt. Der zu erwartende Stundenlohn liegt dann bei nur noch knapp über 33 DM, genauso hoch wie nach einer zehnjährigen Diskontinuitätsphase ab einem Alter von 30 Jahren, bestehend aus drei Jahren Unterbrechung und sieben Jahren Teilzeitarbeit. Hieran wird der starke Einfluss der zeitlichen Abfolge von Erwerbs- und Unterbrechungsphasen sichtbar: Je später die Unterbrechung stattfindet, desto mehr Humankapital steht in Gefahr, abgeschrieben zu werden.

Je später die Unterbrechung, desto größer die Lohneinbußen

Die nicht nur in Deutschland zu beobachtende Entwicklung einer Aufschiebung von Mutterschaft hat also Einkommenseinbußen zur Folge, vor allem wenn sie mit einer späten Erwerbsunterbrechung verbunden ist. Dagegen sind die negativen Einkommenseffekte einer Teilzeitphase deutlich geringer. Dieser Weg steht aufgrund mangelnder Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht allen Frauen offen. Hier besteht Handlungsbedarf für die Politik, die mit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit von Müttern dazu beitragen könnte, die beschriebenen Lohneinbußen zu mindern. ◀

Dr. Miriam Beblo, beblo@zew.de
Elke Wolf, wolf@zew.de

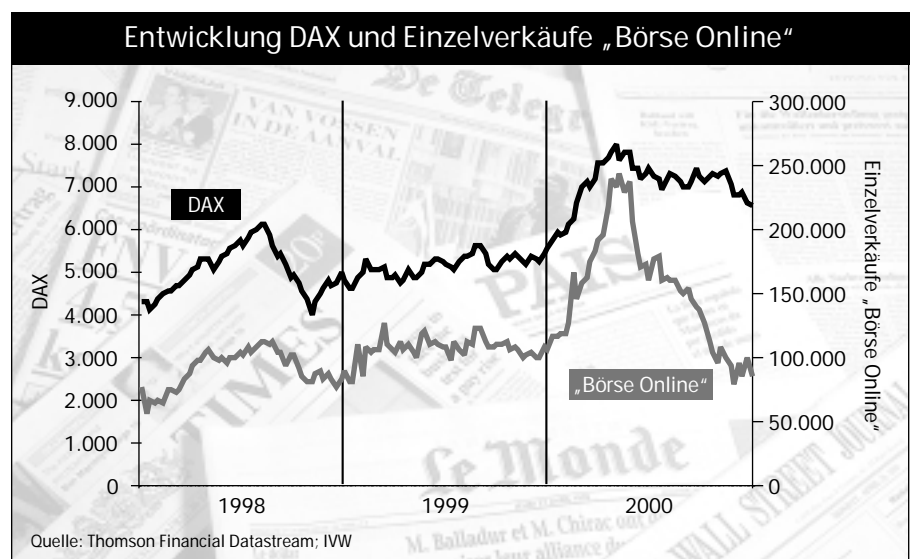
Forschungsergebnisse

Nachfrage nach Börsenmagazinen orientiert sich am DAX

Schlechte Nachrichten steigern die Auflagenzahl von Presseerzeugnissen, oder „bad news are good news“. Diese Weisheit gilt jedoch nicht für den Markt der Wirtschaftspresse, auf dem die Verkaufszahlen mit der Stimmung am Börsenmarkt schwanken. Steigen die Börsenkurse, so steigt auch die verkaufte Auflage der Wirtschaftspresse; sinken die Kurse, so sinkt auch die verkaufte Auflage. Dies geht aus einer gemeinsamen Studie des ZEW und der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung (WHU), Vallendar, hervor.

■ Wissenschaftler des ZEW und der WHU haben die Hypothese getestet, dass die Entwicklung des Deutschen Aktienindex DAX in einem statistisch signifikanten Zusammenhang mit den Verkaufszahlen der beiden Wirtschaftsmagazine „Börse Online“ und „Wirtschaftswoche“ steht. Dabei ist die Zeitschrift „Börse Online“ ein reines Börsenmagazin, während die „Wirtschaftswoche“ als Wirtschaftsmagazin einzustufen ist. Obwohl die „Wirtschaftswoche“ im Vergleich zu „Börse Online“ weniger ausführliche Kurslisten, Musterportfolios und Börsentipps enthält, mögen die Informationen über Unternehmen und Konjunktorentwicklung die zukünftige Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft und somit die Investitionsentscheidung eines privaten Kapitalanlegers beeinflussen.

Die Studie zeigt, dass die Absatzzahlen der betrachteten Wirtschaftsmagazine in der Tat von der Entwicklung des DAX beeinflusst werden. Für die Spezialzeitschrift „Börse Online“ ist dieser Zusammenhang noch stärker ausgeprägt als für das Wirtschaftsmagazin „Wirtschaftswoche“. Die Ergebnisse sind robust: Abonnenten können auf die Stimmung an der Börse nicht kurzfristig reagieren. Daher wurden die Absatzzahlen in einem zweiten Schritt um die Abonnements bereinigt. Auch Gewohnheitseffekte der Kunden wurden berücksichtigt. Die bereinigten Absatzzahlen wurden jeweils mit den Verkäufen der Vorwoche ins Verhältnis gesetzt. Bei allen Varianten der Modellierung bleibt der Zusammenhang zwischen DAX und Magazinverkäufen erhalten. Zusätzlich wurden die Absatzzahlen der Nachrichtenmagazine „Spiegel“ und „Focus“ als



Kontrollgruppe genutzt. Die Entwicklung des Aktienmarktes beeinflusst die Absatzzahlen der Kontrollgruppe nicht, was die zuvor abgeleiteten Ergebnisse bestärkt. Die Stimmung an der Börse schlägt den Kapitalanlegern nicht nur aufs Gemüt, sondern regelt auch deren Informationsbedarf und so den Absatz der Wirtschaftsmagazine.

„Bad news are good news“ gilt nicht für Börsenmagazine

Der Grundsatz „Bad news are good news“ gilt also bei Magazinen, die sich vornehmlich mit dem Börsengeschehen auseinandersetzen, im Gegensatz zur restlichen Presse nicht. Einen Erklärungsansatz liefert die so genannte Prospect Theorie, gemäß der ein Kapitalanleger den zusätzlichen Nutzen durch einen Börsengewinn geringer einschätzt als die Nutzeneinbuße eines gleich hohen Börsenverlustes. Aufgrund dieser Einstellung tendiert ein Investor

dazu, Gewinnpositionen zu früh zu verkaufen und Verlustpositionen zu lange zu halten.

Somit strukturieren Investoren ihre Portfolios öfter bei steigenden als bei fallenden Kursen um. In einem abwärts gerichteten Markt halten die Investoren ihre Verlustposition, um zu vermeiden, dass der „Papierverlust“ zu einem realisierten Verlust wird, und sie warten auf eine Erholung des Marktes. Aufgrund dessen werden Investoren in einem abwärts gerichteten Markt nur in einem geringeren Umfang Veränderungen ihres Portfolios vornehmen und benötigen auch nur in einem geringeren Umfang finanzielle Beratung und Börsentipps. Folglich existiert nur ein geringerer Bedarf an Börsennachrichten, sodass in einem „Bear-Market“ die Wahrscheinlichkeit, dass der Investor eine Börsenzeitschrift nachfragt, geringer ist als in einem „Bull-Market“.

Dirk Czarnitzki, czarnitzki@zew.de,
Georg Stadtmann, stadtmann@whu.edu

Forschungsergebnisse

Steuerreformen in Deutschland und Frankreich entlasten Unternehmen

Das ZEW und die Universität Mannheim haben mit ihrem Computersimulationsprogramm „European Tax Analyzer“ die Auswirkungen der Steuerreformen in Deutschland und in Frankreich für eine repräsentative mittelständische Kapitalgesellschaft des verarbeitenden Gewerbes untersucht. Die Berechnungen zeigen, dass die Steuerreformen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher und französischer Kapitalgesellschaften deutlich verbessern. Dennoch werden beide Staaten nicht zu Niedrigsteuerländern.

■ Im Zuge der Steuerreformen wurden in beiden Staaten die Steuersätze der Einkommen- und Körperschaftsteuer reduziert und die Abschreibungsbedingungen verschlechtert. Der deutsche Gesetzgeber senkte die Steuersätze deutlicher und änderte zusätzlich das Körperschaftsteuersystem. Dagegen hielten die Franzosen am bisherigen Körperschaftsteuersystem fest, modifizierten aber die Gewerbesteuer.

Die Berechnungen zeigen, dass die effektive Steuerbelastung in Deutschland über zehn Jahre von 32,8 Prozent im Jahr 2000 auf 30,1 Prozent im Jahr 2001 sinkt. Dies entspricht einer Entlastung von 8,2 Prozent. Die französische Kapitalgesellschaft hingegen wird um 1,3 Prozent von 38,9 Prozent auf 38,4 Prozent entlastet. Berücksichtigt man jedoch die weiteren in Frankreich bis ins Jahr 2003 reichenden Maßnahmen, wird die französische Kapitalgesellschaft deutlich stärker entlastet: Gegenüber

dem Jahr 2000 beträgt die Steuerbelastung nur noch 30,6 Prozent. Dies entspricht einer Entlastung von 20,3 Prozent. Unter Einbezug sämtlicher bis ins Jahr 2003 reichender Maßnahmen verringert sich der im Jahr 2000 bestehende Steuervorteil der deutschen Kapitalgesellschaft von 15,7 Prozent auf 1,6 Prozent im Jahr 2003.

Steuerreform wirkt ab 2003

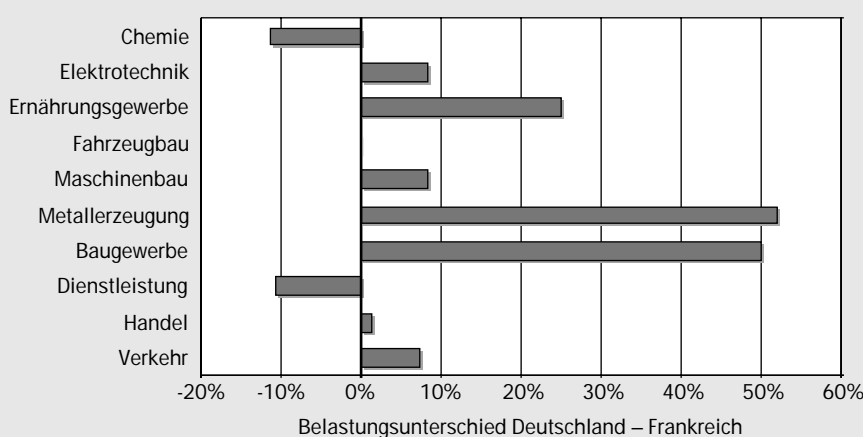
Die Simulationsrechnungen ergeben, dass die Steuerbelastungsänderungen in Deutschland im Wesentlichen durch das Ausschüttungsverhalten und die Anlagenintensität der Unternehmen bestimmt werden. Denn von der Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent profitieren vor allem Unternehmen, die ihre Gewinne überwiegend einbehalten. Dagegen trifft die Abschreibungsverschlechterung anlagenintensive Unternehmen. In Frankreich werden

die Steuerbelastungsänderungen hauptsächlich von der Erfolgslage und der Personalintensität der Unternehmen beeinflusst. Jedoch entfalten die entlastenden Maßnahmen ihre vollständige Wirkung erst im Jahr 2003. Zunächst werden insbesondere anlagenintensive Unternehmen durch die Abschreibungsverschlechterungen belastet. Ab dem Jahr 2003 begünstigt die Reform vor allem jene Unternehmen, die zuvor von der ertragsunabhängigen Gewerbesteuer stark betroffen waren. Hierbei handelt es sich um personalintensive Unternehmen wie Dienstleistungsunternehmen und um Unternehmen, die eine schlechte Ertragslage aufweisen, wie beispielsweise Unternehmen des Baugewerbes.

Im zwischenstaatlichen Vergleich werden die Steuerbelastungswirkungen zusätzlich von den Strukturen der nationalen Steuersysteme beeinflusst. Ab 2003 ergeben sich nur für Unternehmen der Dienstleistungsbranche und der chemischen Industrie Steuerbelastungsvorteile von jeweils knapp elf Prozent in Frankreich gegenüber Deutschland (s. Grafik). Die Gründe dafür liegen zum einen in der hohen Ausschüttungsquote dieser Unternehmen. Hinzu kommt für das Dienstleistungsunternehmen die hohe Personalintensität, die in Frankreich nun nicht mehr im gleichen Ausmaß durch lohnsummenabhängige Steuern benachteiligt wird. Zum anderen weisen diese Unternehmen eine besonders gute Ertragslage auf, weshalb die in Frankreich vergleichsweise hohen ertragsunabhängigen Steuern prozentual weniger stark ins Gewicht fallen. ◀

Gerd Gutekunst, gutekunst@zew.de,
Rico A. Hermann, hermann@zew.de,
Thorsten Stetter, stetter@zew.de

Steuerbelastungsunterschiede nach Branchen ab dem Jahr 2003



Lesehilfe: Ab 2003 haben französische Chemieunternehmen gegenüber deutschen einen Steuerbelastungsvorteil von elf Prozent.

Quelle: ZEW

Forschungsergebnisse

Existenzgründungsförderung der Deutschen Ausgleichsbank erfolgreich

Förderprogramme der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) bieten Unternehmensgründern Investitionsmittel zu reduzierten Zinssätzen und günstigen Tilgungsmodalitäten an. Denn potenziellen Existenzgründern gelingt es nicht immer, die optimale Menge an Fremd- und Eigenkapital zu beschaffen. Auch müssen einige für angebotenes Kapital aufgrund von Risikoaufschlägen hohe Kosten in Kauf nehmen. Das ZEW und die Universität Mannheim haben nun den mittelfristigen Erfolg der Förderung von Unternehmensgründungen analysiert.

■ Ziel der Untersuchung war es herauszufinden, ob die von der DtA gewährten Fördermittel für Existenz- und Unternehmensgründer die Überlebenschancen und die Beschäftigungsentwicklung der geförderten Unternehmen wesentlich beeinflussen, oder ob Unterschiede zwischen geförderten und nicht geförderten Unternehmen vor allem auf die Auswahl bestimmter Unternehmensgruppen für Fördermaßnahmen zurückgehen. Untersucht wurden Unternehmen aus Ost- und Westdeutschland, die Anfang der 90er Jahre gegründet worden waren. Der Zeitraum der Evaluation erstreckte sich von der Gründung der Unternehmen bis ins Jahr 1999. Das ZEW und die Universität Mannheim greifen dabei auf statistische Matchingverfahren zur Konstruktion von Kontrollgruppen zurück.

Positive Arbeitsplatzbilanz

Unternehmen, die schon in ihren ersten beiden Lebensjahren durch die DtA gefördert wurden, haben im Durchschnitt eine um 14 Prozent höhere Überlebenschance und eine um 49 Prozent höhere Beschäftigungswachstumsrate als die nicht geförderten Kontrollunternehmen. Die Studie belegt, dass durch die Existenzgründungsförderung gerade mittelfristig neue Arbeitsplätze entstehen. Zunächst übersteigt die Zahl der neuen Arbeitsplätze bei geförderten Unternehmen durch das höhere Beschäftigungswachstum die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze bei nicht geförderten Unternehmen. Diese positive Arbeitsplatzbilanz verbessert sich noch weiter, da ein höherer Anteil der geförderten Unternehmen die ersten kritischen Jahre überlebt und die neu ge-

schaffenen Arbeitsplätze damit eine höhere Stabilität aufweisen als die neuen Arbeitsplätze in den nicht geförderten Kontrollunternehmen.

Einzelne Unternehmensgruppen weichen jedoch von diesem Muster ab. So ist der Fördereffekt sowohl bei der Überlebenswahrscheinlichkeit als auch beim

wachstumsraten. Dagegen entwickelt sich die Beschäftigung geförderter Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe und im Handel im Durchschnitt besser als die der Kontrollunternehmen ohne Förderung, sofern sie überleben. Geförderte Dienstleistungsunternehmen haben zwar eine höhere Überlebenswahr-

Entwicklung der Förderprogramme bei Existenzgründungen

Existenz-/Unternehmensgründung (gesamt)	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Anzahl	Volumen (Mio. ')	Anzahl	Volumen (Mio. ')
1990	38.403	1.565,4	27.172	762,5
1991	104.031	4.376,8	27.756	832,5
1992	70.658	4.521,6	19.763	704,6
1993	48.768	4.305,1	12.960	591,5
1994	33.601	3.415,4	24.655	1.193,2
1995	23.967	2.499,8	30.094	1.342,2

Quelle: DtA-Förderreport, 10 Jahre DtA-Förderung 1990-1999.

Beschäftigungswachstum bei westdeutschen Unternehmen größer als bei ostdeutschen. Dies deutet auf eine größere Effizienz der Förderung in Westdeutschland hin. Vor dem Hintergrund des massiven Förderaufkommens in Ostdeutschland Anfang der 90er Jahre erscheint diese Entwicklung nicht allzu überraschend.

Wirtschaftsstruktur verjüngt sich

Auch in verschiedenen Wirtschaftszweigen wirken sich Existenz- und Unternehmensgründungsförderprogramme unterschiedlich aus. Bei Bauunternehmen bewirkt die Förderung im Durchschnitt keine höheren Überlebenswahrscheinlichkeiten und Beschäftigungs-

scheinlichkeit, jedoch keine höheren Wachstumsraten als nicht geförderte Dienstleistungsunternehmen.

Im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungswirkung sind die Ausführungen der Studie vorsichtig zu bewerten. Denn offen bleibt die Frage, ob die neuen Unternehmen nicht zum Teil den Platz „alter“ Unternehmen einnehmen und es somit zu Verdrängungseffekten kommen kann. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, ergäbe sich ein „Verjüngungseffekt“, der angesichts der mit einem Markteintritt häufig verbundenen regen Innovationsaktivität positiv zu bewerten ist. ◀

*Matthias Almus, almus@zew.de,
Susanne Prantl, prantl@pool.uni-mannheim.de*

ZEW-Workshop

Flexibilisierung des Arbeitsentgelts

■ Das ZEW hat im September 2000 in Zusammenarbeit mit Prof. Walter Oechler, Lehrstuhl und Seminar für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Personalwesen und Arbeitswissenschaft, und Prof. Rieble, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht, Handels- und Wirtschaftsrecht, beide Universität Mannheim, einen Expertenworkshop zum Thema „Flexibilisierung des Arbeitsentgelts“ organisiert. Der Workshop fand im Rahmen des gemeinsamen DFG-Projekts „Flexibilisierung des Arbeitsentgelts aus ökonomischer und juristischer Sicht“ statt. Teilnehmer waren Unternehmensvertreter aus Personalabteilungen und Betriebsräte.

Widerstand in den Unternehmen

Unter anderem suchten die Teilnehmer der Konferenz Antworten auf die Frage, warum angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit viele Unternehmen ihre Arbeitsentgelte nicht flexibler gestalten, obwohl sie rechtlich dazu in der Lage wären. Während eine Flexibilisierung der Arbeitszeit inzwischen relativ weit verbreitet ist, gibt es bei der Flexibilisierung von Arbeitsentgelten nach wie vor große Widerstände in den Unternehmen. Arbeitsmarktökonomern erklären dies unter anderem mit Effizienzlohnmodellen. Diese lassen es für das Unternehmen rational erscheinen, über dem Marktgleichgewicht liegende Löhne zu zahlen, um dadurch Produktivitätsvorteile zu erzielen oder Kosten für die Personalbeschaffung zu sparen. Auch die Insider-Outsider-Theorie, die die Rolle von Gewerkschaften und Be-

triebsräten als Vertreter der Beschäftigten und nicht der Arbeitslosen thematisiert, wird als mögliche Begründung für bestehende Lohnrigiditäten trotz hoher Arbeitslosigkeit diskutiert.

Während des Workshops wurde deutlich, dass aus betriebswirtschaftlicher Sicht Flexibilitätspotenziale im Entgeltbereich derzeit vor allem in den ertragsstarken Branchen bestehen. In der krisengeschüttelten Bauindustrie hingegen gibt es kaum Möglichkeiten zur Anpassung der Personalkosten an die Ertragslage. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf die tarifvertraglichen Regelungen, die in dieser Branche praktisch keine Flexibilisierungsmöglichkeiten des Arbeitsentgeltes zulassen. Daher reagieren gerade die krisengeschüttelten Unternehmen häufig mit Entlassungen auf Absatzschwankungen.

Als wichtigste Flexibilisierungshemmnisse führten die Unternehmen die Tarifverträge und den Kündigungsschutz an. Den Widerstand des Betriebsrats sieht die Mehrheit der Unternehmen nicht als Flexibilisierungshemmnis an. Bei gering und mittel qualifizierten Mitarbeitern sind vor allem die bestehenden Tarifverträge, aber auch implizite Lohnvereinbarungen wichtige Gründe, die gegen eine Flexibilisierung von Entgelten sprechen. Bei hoch qualifizierten Mitarbeitern stehen hingegen die negativen Auswirkungen bei der Anwerbung neuer Arbeitnehmer und die Gefahr des Verlusts von langjährigen Leistungsträgern im Vordergrund, die mit einer Entgeltensenkung verbunden sind.

Nach Ansicht von Unternehmensvertretern wäre es für den Unternehmens-

erfolg wünschenswert, die Löhne stärker in Abhängigkeit von der individuellen Leistung zu differenzieren. Viele Unternehmen planen derzeit, Zielvereinbarungsprämien und ergebnisbezogene Vergütungsbestandteile auszubauen. Dazu sind allerdings objektive Beurteilungsverfahren notwendig. Als Problem von Beurteilungsverfahren werden Kollektivregelungen in Tarifverträgen angesehen, die zwingend einheitliche Beurteilungskriterien festlegen. Beurteilungsverfahren und -kriterien können jedoch sinnvoll nur auf betrieblicher Ebene in Abhängigkeit der jeweiligen Gegebenheiten ausgehandelt werden.

Aus juristischer Sicht wurde darauf hingewiesen, dass der rechtliche Regelungsrahmen eine Flexibilisierung von Entgelten zwar an vielen Stellen erschwert, an einigen Stellen sogar verhindert. Gleichzeitig bestehen aber ungenutzte Flexibilisierungsspielräume, von denen die Unternehmen bisher nur unzureichend Gebrauch machen. So werden tarifliche Bestimmungen freiwillig auf nicht tarifgebundene Arbeitsverhältnisse angewendet, oder tarifgebundene Unternehmen zahlen übertarifliche Löhne. Auch lässt das bestehende rechtliche Regelungswerk flexiblere tarifliche Regelungen zu, die jedoch von den Tarifpartnern in vielen Branchen bisher nicht verwirklicht wurden. Dies kann eine Folge der oben genannten ökonomischen Gründe sein, möglicherweise auch aus Unkenntnis der Rechtslage. ◀

Dr. Friedrich Pfeiffer. pfeiffer@zew.de,

*Lars Reichmann,
reichmann@personal.bwl.uni-mannheim.de*

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Arbeitszeitflexibilisierung, 22. Februar 2001, ZEW-Gebäude.

Messung und Management von Kreditrisiken, 8./9. März 2001, ZEW-Gebäude.

■ Informationen zu den Veranstaltungen

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden sich auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Bitte klicken Sie „Veranstaltungen“ an. Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu.

Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Fax 0621/1235-224, E-Mail: pauli@zew.de

ZEW-Seminar

Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) und FuE-Kooperationen

■ Rabah Amir, Professor an der Universität von Kopenhagen und an der University of Southern Denmark in Odense, gab im ZEW-Seminar einen Überblick über seine jüngste Forschungsarbeit zu Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) und zu FuE-Kooperationen.

Die theoretische Industrieökonomik hat gezeigt, dass unfreiwillige Wissensabflüsse im Innovationsprozess zu einem FuE-Investitionsaufkommen unterhalb des gesamtgesellschaftlich wünschenswerten Niveaus führen können. Grund hierfür ist, dass Unternehmen im Innovationsprozess unfreiwillig Wissen verbreiten, etwa durch Kommunikation zwischen Wissenschaftlern konkurrierender Unternehmen. Konkurrenzunternehmen können dieses neue Wissen kostenlos verwenden und damit ihre eigene Marktposition stärken. Sind die unfreiwilligen Wissensabflüsse hoch, wenn etwa neues Wissen durch Patente nur unzureichend geschützt wird, können Innovationsaufwendungen für das eigene Unternehmen sogar schädlich sein, weil die eigenen Forschungsan-



Professor Rabah Amir

strengungen auch zu Wissenszugewinnen beim Konkurrenten führen. Die Folge solch hoher Wissensabflüsse ist eine Verringerung der Innovationsanstrengungen, die wiederum die internationale Konkurrenzfähigkeit mindert. Um unfreiwillige Wissensabflüsse zu vermeiden, gehen zahlreiche Unternehmen FuE-Kooperationen ein. In einer FuE-Kooperation tauschen Unternehmen ihr Wissen freiwillig aus und optimieren ihre gemeinsamen Innovationsausgaben.

In seinem Vortrag im Rahmen des ZEW-Seminars ging Amir auf zwei Mo-

delle zur Analyse des gesamtwirtschaftlichen Nutzens von FuE-Kooperationen ein: das Modell von D'Aspremont und Jacquemin sowie das von Kamien, Muller und Zang. Beide Modelle werden von vielen Wissenschaftlern als in der Grundidee und in den Grundimplikationen identisch angesehen. Amir zeigte jedoch, dass sie unter bestimmten Konstellationen zu völlig verschiedenen Ergebnissen führen. Der Grund dafür liegt vor allem in der unterschiedlichen Art, mit der der FuE-Prozess modelliert wird. Im Modell von D'Aspremont und Jacquemin lohnt es sich, die FuE-Laboratorien in immer kleinere Einheiten zu zerlegen. Genau das Umgekehrte ist für den Ansatz von Kamien, Muller und Zang der Fall. Die Modelle können daher auch völlig unterschiedliche wirtschaftspolitische Implikationen haben. Dies ist wichtig vor dem Hintergrund, dass Fördergelder immer häufiger ausschließlich an solche Unternehmen vergeben werden, die in der Forschung mit anderen Unternehmen kooperieren. ◀

Information: Ulrich Kaiser, kaiser@zew.de

Verhalten der offenen Investmentfonds in Emerging Markets

■ Währungskrisen haben in den vergangenen Jahren das Vertrauen internationaler Investoren in Emerging Markets wie Lateinamerika, Osteuropa und Südostasien erschüttert. Immer wieder stellt sich die Frage nach den Ursachen, den Auslösern und den Übertragungseffekten solcher Krisen.

Dr. Gaston Gelos vom Internationalen Währungsfonds präsentierte im ZEW-Seminar Ergebnisse einer Analyse, die er zusammen mit Eduardo Borenstein durchgeführt hat. Im Fokus stand das Verhalten offener Investmentfonds in Emerging Markets und damit ihre Rolle bei der Übertragung von internationalen Währungskrisen. Untersucht wurde der Zeitraum Januar 1996 bis März 1999, der die russische (August 1998), die asiatische (zweites Halbjahr 1997), die tschechische (Mai 1997) und die brasilianische (Januar 1999) Währungsbe-

ziehungsweise Finanzkrise umfasst. Die Analysen zeigen, dass institutionelle Investoren bereits einen Monat vor einer solchen Krise ihr Engagement in den Krisengebieten zurücknahmen oder große Summen an Kapital abzogen. Zwar ist unter den offenen Investmentfonds eine stärkere Tendenz zu einem gleichlaufenden und abhängigen Investitionsverhalten zu finden als bei den geschlossenen Fonds. Dennoch bezeichnete Gelos das Herden-Verhalten der Fonds als moderat. Zudem betonte er, dass selbst in Zeiten hoher Kapitalabflüsse immer auch Kapitalzuflüsse von offenen Investmentfonds festzustellen sind. Wurde Kapital aus einem Krisenland abgezogen, wurde es außerdem in vielen Fällen in anderen Emerging Markets neu angelegt, selbst wenn diese ebenfalls von der Krise in Mitleidenschaft gezogen waren.



Dr. Gaston Gelos

Gelos kam zu dem Schluss, dass, obwohl die institutionellen Investoren ihre Anlagestrategien nicht ganz unabhängig voneinander ausgestalten, dennoch entsprechend der Untersuchung nicht davon ausgegangen werden kann, dass ihr Engagement durch Panik oder gegenseitige Imitation bestimmt ist. ◀

Information: Claudia Stirböck, stirboeck@zew.de

ZEW-Intern



ZEW
Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Suche:

-- Quickfind

Presse Karriere Mitarbeiter Kontakt Links Drucken English

Willkommen bei www.zew.de

Wir freuen uns, Ihnen die neue ZEW-Website präsentieren zu können.

Competence in Economics

Sie finden unter anderem auf unserer Website:

- leistungsfähige Suchfunktionen,
- eine umfangreiche Publikations- und Projektdatenbank,
- viele Downloadmöglichkeiten,
- den E-Mail-Benachrichtigungsdienst „ZEW Newsletter“,
- ein reichhaltiges englisch sprachiges Angebot,
- ein neues Design mit übersichtlicher Navigation.

Informieren Sie sich über unser Institut:

- Nutzen Sie unsere Forschungsmatrix.
- Recherchieren Sie in unserer Publikationsdatenbank.
- Melden Sie sich online zu unseren Seminaren an.

- Home ■
- Das ZEW ■
- Forschung ■
- Publikationen ■
- Veranstaltungen ■

ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Falk, Martin; Koebel, Bertrand: *Outsourcing of Services, Imported Materials and the Demand for Heterogeneous Labour: An Application of a Generalised Box-Cox Function*, No. 00-51.

Czarnitzki, Dirk; Spielkamp, Alfred: *Business Services in Germany: Bridges for Innovation*, No. 00-52.

Laas, Tim: *Berücksichtigung von Steuern bei der Bewertung von Unternehmen am Beispiel der DCF-Methoden*, No. 00-53.

Wolf, Elke: *Loosening Hours Constraints on the Supply of Labor. What if Germans Had a Dutch Labor Market?*, No. 00-54.

Hüfner, Felix: *The British Foreign Exchange Reserves Puzzle*, No. 00-55.

Weinreich, Sigurd: *Die externen Luftverschmutzungskosten des motorisierten Individualverkehrs in Deutschland – ein regionaler Vergleich*, No. 00-57.

Kaiser, Ulrich; Spitz, Alexandra: *Quantification of Qualitative Data Using Ordered Probit Models with an Application to a Business Survey in the German Service Sector*, No. 00-58.

Hess, Dieter: *Surprises in Scheduled Releases: Why do They Move the Bond Market?*, No. 00-61.

Tykvová, Tereza: *What Do Economists Tell Us about Venture Capital Contracts?*, No. 00-62.

Miquel, Ruth; Laisney, François: *Consumption and Nutrition: Age – Intake Profiles for Czechoslovakia 1989-1992*, No. 00-63.

Czarnitzki, Dirk; Stadtmann, Georg: *The Behaviour of Noise Traders – Empirical Evidence on Purchases of Business Magazines*, No. 00-65.

Köke, Jens: *Control Transfers in Corporate Germany: Their Frequency, Causes and Consequences*, No. 00-67.

Czarnitzki, Dirk; Kraft, Kornelius: *Management Control and Innovative Activity*, No. 00-68.

Beblo, Miriam; Wolf, Elke: *How Much Does a Year off Cost? Estimating the Wage Effects of Employment Breaks and Part-Time Periods*, No. 00-69.

Koebel, Bertrand; Falk, Martin; Laisney, François: *Imposing and Testing Curva-*

ture Conditions on a Box-Cox Cost Function, No.00-70.

Franz, Wolfgang; Pfeiffer, Friedhelm: *Tarifbindung und die Rationalität von Lohnrigiditäten*, No. 01-01.

■ ZEW Dokumentationen

Brockmann, Karl Ludwig; Böhringer, Christoph; Stronzik, Marcus: *Flexible Instrumente in der deutschen Klimapolitik – Chancen und Risiken*, Nr. 00-12.

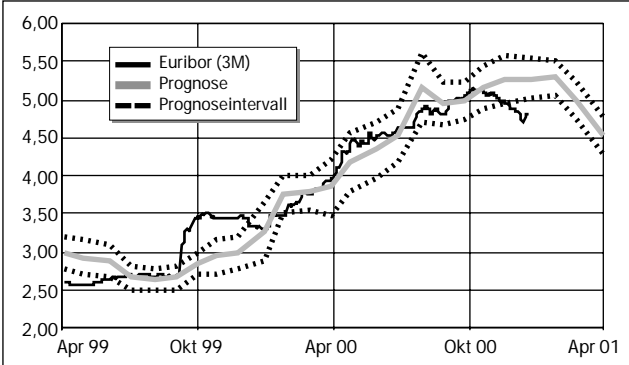
Stronzik, Marcus; Dette, Birgit; Herold, Anke: *„Early Crediting“ als klimapolitisches Instrument. Eine ökonomische und rechtliche Analyse*, Nr. 00-13.

Czarnitzki, Dirk; Rammer, Christian; Spielkamp, Alfred: *Interaktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Deutschland. Ergebnisse einer Umfrage bei Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen*, Nr. 00-14.

Czarnitzki, Dirk; Egel, Jürgen; Eckert, Thomas: *Internetangebote zum Wissens- und Technologietransfer in Deutschland. Bestandsaufnahme, Funktionalität und Alternativen*, Nr. 00-15.

Daten und Fakten

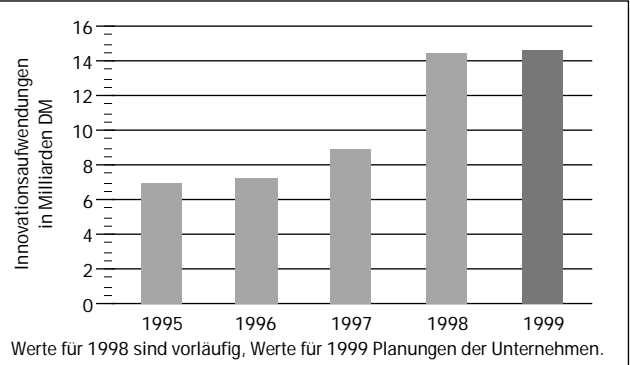
Finanzmarkttest im Januar: Experten erwarten Zinssenkung der EZB



Quelle: ZEW, Thomson Financial Datastream

Einen Erdrutsch hat es im Vergleich zum Vormonat bei den Erwartungen zu den Geldmarktzinsen im Euroraum gegeben. Gut 60 Prozent der befragten Analysten rechnen damit, dass die Europäische Zentralbank die Leitzinsen senkt, gegenüber nicht einmal 25 Prozent im Dezember. Im April, so die Prognose, wird der 3-Monats-Euribor bei 4,5 Prozent und somit um 30 Basispunkte unter dem heutigen Wert liegen. Erstaunlicherweise hatte die Zinssenkung der Fed vom 3. Januar hier keine messbare Auswirkung. Vergleicht man die Antworten vor und nach diesem Termin, dann ergeben sich keine signifikanten Unterschiede in den Zinserwartungen für den Euroraum.
Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de

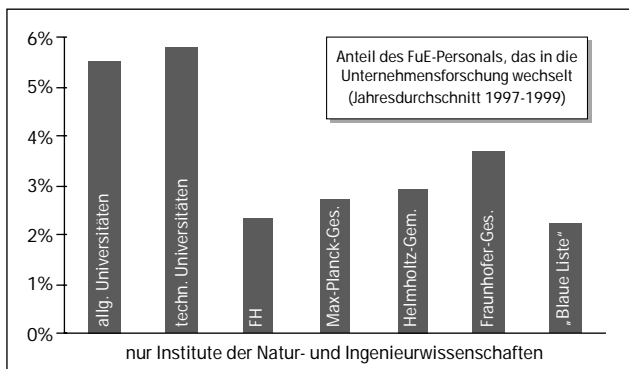
Kredit- und Versicherungswirtschaft: Innovationsaufwendungen stark gestiegen



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 1999

Der Anteil der innovativen Kredit- und Versicherungsunternehmen an allen Unternehmen dieser Branche ist 1998 deutlich von 81 auf 74 Prozent zurückgegangen. Die Innovationsaufwendungen stiegen hingegen um knapp 5 Milliarden Mark auf 14,5 Milliarden Mark. In diesem Anstieg dürften sich die Anstrengungen bei der Einführung des Euro im Bankenzahlungsverkehr widerspiegeln sowie die zu diesem Zeitpunkt bereits begonnenen Bemühungen, die Unternehmen auf den Jahreswechsel 1999/2000 vorzubereiten. Rund 63 Prozent der Innovationsaufwendungen beziehungsweise 9,1 Milliarden Mark gaben die Unternehmen dabei für Investitionen aus.
Bettina Peters, b.peters@zew.de

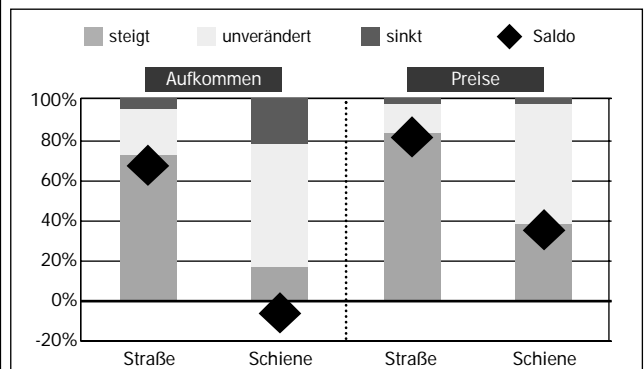
Personalmobilität zwischen Wissenschaft und Wirtschaft



Quelle: ZEW-Befragung, 2000

Pro Jahr wechseln mehr als fünf Prozent der Forscher, die an natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Instituten deutscher Universitäten arbeiten, in die Unternehmensforschung. An Fachhochschulen, wo die Ausstattung mit Forschungsassistenten und Drittmittelstellen niedriger ist, sind es nur rund zwei Prozent. Unter den staatlichen Forschungseinrichtungen sticht die Fraunhofer-Gesellschaft hervor: Hier gehen pro Jahr knapp vier Prozent des FuE-Personals in die Wirtschaft. Aber auch an Helmholtz-Zentren, Max-Planck-Instituten und Instituten der „Blauen Liste“ ist die Personalmobilität eine wichtige Form des Wissenstransfers zu den Unternehmen.
Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

Güterfernverkehr in Deutschland: Anteil des Straßenverkehrsaufkommens nimmt zu



Quelle: ZEW/Prognos

Etwa 70 Prozent der im Rahmen des German Parcel TransportmarktBarometers von Prognos und ZEW befragten Experten erwarten für die nächsten sechs Monate ein weiter steigendes StraÙengüterverkehrsaufkommen. Lediglich vier Prozent rechnen mit sinkenden Transportmengen. Diese Einschätzung ist überraschend, berücksichtigt man die Preiserwartungen. Rund 84 Prozent rechnen für diesen Markt mit starken Preisanstiegen. Die Bahn kann nach Einschätzung der Experten von den Preiserwartungen im StraÙengüterverkehr nicht profitieren. Das Transportaufkommen auf der Schiene wird im vierten Quartal 2000 sogar schwach rückläufig eingeschätzt.
G. Bühler, buehler@zew.de; S. Weinreich, weinreich@zew.de



Zukunft

Wie pedantisch die auf dem Dezimalsystem beruhende Zeitrechnung auch immer gehandhabt werden mag, seit dem 1. Januar 2001 befinden wir uns unbestritten im neuen Jahrtausend. Diese zeitliche Zäsur gibt Anlass, ein Nachdenken in längerfristigen Kategorien anzumahnen, zumal es hierzulande an einschlägigen Themen nicht gebricht. Dazu drei Beispiele.

Für die Beschäftigungsperspektiven in einer offenen Wissensgesellschaft stellen vermehrte Anstrengungen im Bereich der Bildung, Ausbildung und (Weiter-) Qualifikation unverzichtbare Voraussetzungen dar. Dabei stehen nicht unbedingt zusätzliche finanzielle Aufwendungen, sondern ein wesentlich effizienterer Einsatz der laufenden Bildungsausgaben im Vordergrund, eine „neue Bildungsreform“ (Bundespräsident Rau) mithin und zwar auf allen Ebenen. Als Remedur bieten sich marktwirtschaftliche Lösungsansätze an, also die Verstärkung des Wettbewerbsgedankens. Warum sollen nicht die Bundesländer für ein wettbewerbsfähiges Schulsystem allein zuständig sein, anstatt sie ständig reformresistenten Gruppierungen in der Kultusministerkonferenz Tribut zollen zu lassen? Wieso werden Hochschulen nicht sehr viel stärker dem Wettbewerb ausgesetzt – im Hinblick auf ihr Leistungsangebot, die Auswahl ihrer Studierenden und die Finanzierung? Des Weiteren muss die Gesellschaft darüber entscheiden, wie denen geholfen werden kann, die sich mangels Begabung und Fähigkeiten wenig oder nicht qualifizieren lassen. Natürlich müssen wir helfen, aber das Problem besteht unter anderem darin, dass soziale Hilfen ein Anspruchsdenken oder sogar Hilfsbedürftigkeit entstehen lassen können.

Die Konsequenzen einer alternden Gesellschaft genießen auf der Problemliste ebenfalls höchste Priorität. Dies betrifft nicht nur die Rentenversicherung, aber ihre Sanierung steht auf der Reformagenda ganz oben. Sollen die Beitragssätze trotz höherer Lebenserwartung bei geringeren Geburtenraten gleichwohl stabil bleiben, so lässt

sich dies ohne größere Einschnitte bei der gesetzlichen Altersrente und/oder eine Heraufsetzung des (faktischen) Ruhestandsalters nicht bewerkstelligen. So schlimm ist es mit den Rechenkenntnissen der Leute nun doch nicht bestellt, als dass diese Erkenntnis nicht vermittelbar wäre, von einigen (nicht allen) Gewerkschaftsfunktionär/innen einmal abgesehen, vor denen der lobenswerte Reformeifer der Bundesregierung leider in die Knie gegangen ist. Wie die Dinge liegen, werden jetzt gegebene Versprechen später gebrochen und Nachbesserungen vorgenommen werden müssen, wie der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie betont hat.

Im Umweltschutz sind beachtliche Fortschritte erzielt worden, aber dringende Aufgaben von großer Tragweite harren weiterhin ihrer Erledigung, wie die unlängst gescheiterte Klimakonferenz deutlich lehrt. Die internationale Dimension des Umweltschutzes macht nationale Alleingänge problematisch, was am Beispiel der Ökosteuer sichtbar wird. Der Grundgedanke der Lenkungswirkung einer Ökosteuer ist gar nicht falsch. Die Leute reagieren am ehesten, wenn etwas Geld kostet. Von daher gesehen sind Ökosteuern ein brauchbares Instrument. Aber: Sie müssen tatsächlich am Schadstoffverbrauch ansetzen, eventuelle Ausnahmen dürfen nur sehr restriktiv gehandhabt werden, sie sollten zumindest EU-weit gelten und eine Verknüpfung mit anderen Finanzierungsnotwendigkeiten ist unzulässig. Von diesen Erfordernissen sind wir weit entfernt. Die Rentenversicherung profitiert von einem hohen Benzinverbrauch. Soll auf der Autobahn „Rasen für die Rente“ gelten?

„Man hat Zeit genug, an die Zukunft zu denken, wenn man keine mehr hat“ (George Bernard Shaw). So weit sind wir zu Beginn des dritten Jahrtausends denn doch nicht.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher